



Nordwestschweizer Regierungskonferenz spricht sich für eine Stärkung des Bildungs- und Forschungsraums Nordwestschweiz aus

Basel, 14. Juni 2019. Die Regierungen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, sowie Delegationen der Kantone Zürich und Bern, trafen sich heute in Basel zur 74. Plenarversammlung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK). Im Fokus der Plenarversammlung stand das Thema Bildungs- und Forschungsraum Nordwestschweiz. Ausserdem beendete die Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (BS) mit der Plenarversammlung ihr zweijähriges Präsidium der NWRK und übergab den Stab an den Regierungsrat Anton Lauber (BL).

Die Mitglieder der Nordwestschweizer Kantonsregierungen nahmen die Erarbeitung der nächsten Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2021–2024 zum Anlass, um sich an der diesjährigen Plenarversammlung über dieses Thema auszutauschen. Die Vizedirektorin des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Silvia Studinger, führte die Anwesenden in das Thema ein. Ihr Referat wurde mit weiteren Vorträgen von Kai Gramke, Geschäftsführer von Econsight, und Dr. Thierry Strässle, Direktor des Paul-Scherrer Instituts ergänzt.

NWRK-Präsidentschaft 2017-2019: Vertretung der Anliegen mit einer 360-Grad-Perspektive

Die scheidende Konferenzpräsidentin Elisabeth Ackermann (BS) zog eine positive Bilanz der zweijährigen basel-städtischen Präsidentschaft. Als Präsidentin der NWRK und Mitglied des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), sowie im laufenden Jahr als Präsidentin der D-F-CH Oberreinkonferenz, bot sich Elisabeth Ackermann in den vergangenen zwei Jahren die Chance, bei der Wahrnehmung der Aussenbeziehungen konsequent eine 360-Grad-Perspektive einzunehmen: „Mit interkantonal und trinational abgestimmten Positionsbezügen und der Durchführung von Anlässen für Bundesparlamentarierinnen und –parlamentarier, etwa in Fragen des Verkehrs oder der Finanzen, konnten wir das gemeinsame Verständnis für die Anliegen der Region gegenüber Bundesbern und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein fördern“, so Elisabeth Ackermann. Als Beispiele führt sie das erfolgreiche Engagement für die Anliegen der Nordwestschweizer Kantone in Zusammenhang mit STEP AS 2035, die Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie der NWRK sowie den neuen Rahmenvertrag mit der Regio Basiliensis im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ins Feld. Vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen für ein institutionelles Rahmenabkommen erhofft sie sich zudem einen weiterhin substanziellen Einsatz der Nordwestschweizer Kantone für gute und stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union.

Der Kanton Basel-Landschaft übernimmt das Präsidium der NWRK

Gemäss Turnus geht das Präsidium nun an den Kanton Basel-Landschaft über. Die Plenarversammlung wählte Anton Lauber, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, für die Jahre 2019-2021 zum neuen Präsidenten. Als neuer Vize-Präsident der Konferenz wurde Urs Hofmann, Landammann des Kantons Aargau, gewählt.

Genehmigung des neuen Arbeitsprogramms NWRK 2019-2021

Die Plenarversammlung verabschiedete ihr neues Arbeitsprogramm 2019-2021. Die Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre liegen in der Interessensvertretung der Nordwestschweiz gegenüber dem Bund und den anderen Regionen sowie in der Vertretung von gemeinsamen Positionen. Darüber hinaus wird im Hinblick auf das 50-jährige Bestehen der Regionalkonferenz 2021 eine Jubiläumsplenarversammlung geplant.

Rückfragen:

Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin Basel-Stadt, Konferenzpräsidentin, Telefon: 061 267 80 45

Gruppenbild unter www.nwrk.ch

Der **Nordwestschweizer Regierungskonferenz** (www.nwrk.ch) gehören als Mitglieder die Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura an. Die Konferenz bezweckt insbesondere die Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Interessenvertretung für die Region gegenüber dem Bund, der Konferenz der Kantonsregierungen und anderen Regionen, die Bündelung des Auftritts in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Information und Koordination unter den Kantonen in der regionalen Zusammenarbeit und in kantonsübergreifenden Arbeitsgruppen.